



Pressemitteilung zum Versuch der politischen
Einflussnahme der BMBF Leitung auf Forschungsförderung **12.06.24**

Wöhlerstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Der fzs e.V. ist alarmiert über die Enthüllungen der NDR/ARD Sendung Panorama über die Prüfung des Entzugs von Forschungsförderung aus politischen Gründen durch das BMBF. Das Magazin hatte darüber berichtet, dass trotz verfassungsrechtlicher Bedenken im eigenen Haus von der BMBF Spitze verlangt wurde, die Streichung von Fördermitteln für die Wissenschaftler*innen zu prüfen, die sich an einem offenen Brief zu den antiisraelischen Portestcamps an Berliner Universitäten beteiligten.

Vorstand
Fay Uhlmann,
Sascha Wellmann,
Niklas Röpke,
Katrin Greiner

Katrin Greiner, fzs Vorständin, erklärt dazu *"Die Enthüllungen zeigen deutlich, wovor wir schon lange warnen: Drittmittel aus öffentlicher Hand machen politische Einflussnahme auf Forschung und Lehre möglich. Schon die völlig überzogene Kritik der Ministerin der am offenen Brief beteiligten Wissenschaftler*innen, war ein unangemessener Eingriff in die akademische Freiheit der Beteiligten. Ihnen nun als Strafe Fördermittel entziehen zu wollen, ist kein Fauxpas, sondern ein Skandal. Ausgerechnet die liberale Ministerin bedroht damit die grundgesetzlich garantierte Wissenschaftsfreiheit aktiv. Das muss alle demokratischen Kräfte massiv beunruhigen. Wir fordern den Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung dringend dazu auf, den Vorfall aufzuklären und dazu die Ministerin vorzuladen."*

"Es grenzt an ein Schmierentheater, dass die Ministerin vor weniger als zwei Wochen über Staatssekretär Brandenburg dem Tirana-Communiqué der Bolognaprozess-Ministerialkonferenz zugestimmt hat, in dem gemeinsame Grundwerte bekräftigt werden, sowie die ausdrückliche Verpflichtung, die akademische Freiheit "zu schützen, zu fördern und zu bewahren". Die Hochschulen und alle ihre Angehörigen müssen sich darauf verlassen können, dass eine deutsche Bundesministerin ihre Autonomie verteidigt, statt ein Klima der Angst zu schaffen. Der Vorfall muss Konsequenzen haben." fordert **Paul Klär, Referent für Internationales des fzs und studentischer Vertreter in der deutschen Delegation zur Ministerialkonferenz.**

Hintergrund mit Wortlaut des Communiqués auf der nächsten Seite



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Fay Uhlmann,
Sascha Wellmann,
Niklas Röpke,
Katrin Greiner

Hintergrund:

Der fzs e.V. hat sich bereits kritisch zu den antiisraelischen und antisemitischen Besetzungen geäußert und schätzt den offenen Brief der Berliner Wissenschaftler*innen als verkürzt ein. Davon unabhängig ist jedoch der Missbrauch öffentlicher Fördergelder für eine politische Maßregelung.

Der Fokus des Abschluss-Communiqués der Ministerialkonferenz des Europäischen Hochschulraums (allgemein bekannt als Bolognaprozess) in Tirana lag auf der Verpflichtung, sogenannte Fundamental Values zu schützen und zu fördern. Explizit wurde folgender Satz beschlossen: "*We reaffirm our commitment to protect, promote, and uphold academic freedom, as defined in the Rome Communiqué*".

Neben der erneuten Bekräftigung der Verteidigung der akademischen Freiheit umfasst dies die fünf Werte akademische Integrität, institutionelle Autonomie, Studierenden- und Mitarbeitendenbeteiligung in Higher Education Governance, öffentliche Verantwortung für Hochschulbildung und öffentliche Verantwortung von Hochschulbildung. Das Communiqué wurde am 30. Mai angenommen, stellvertretend für Ministerin Stark-Watzinger führte PStS Jens Brandenburg die deutsche Stimme.

Das Communiqué ist hier zu finden <https://ehea2024tirane.al/wp-content/uploads/2024/06/Tirana-Communique.pdf>

Beste Grüße,
fzs